



ASIEN/PAKISTAN - Regierung bestätigt Moratorium und setzt Hinrichtungen aus

Islamabad (Fidesdienst) – Die pakistanische Regierung unter Leitung von Nawaz Sharif (Pakistan Muslim League–N) stoppt insgesamt 468 bereits veranlasste Hinrichtungen durch die Bestätigung eines seit fünf Jahren im Land geltenden Moratoriums. Noch Anfang August hatte die Regierung eine Wiederaufnahme des Vollzugs der Todesurteile nicht ausgeschlossen. Daraufhin war es zu einer öffentlichen Debatte gekommen, in deren Rahmen auch Nichtregierungsorganisationen wie „Amnesty International“ und „Human Rights Watch“ die Haltung der Regierung heftig kritisierten.

Der jetzige Entschluss der Regierung soll unter dem Einfluss dieser Kritik gefasst worden sein, so Beobachter zum Fidesdienst. Insbesondere die Europäische Union hatte bei Wiedereinführung der Todesstrafe mit der Streichung Pakistans aus der Liste der „bevorzugten“ Geschäftspartner gedroht.

Die Aussetzung der Hinrichtungen werde unterdessen von Vertretern aus Gesellschaft und Kirche in Pakistan begrüßt, so die Beobachter weiter, da sie „den Schutz der Menschenrechte und den Wert des Lebens achtet, auch im Falle von bereits verurteilten Straftätern“.

Insgesamt 468 Häftlinge wurden von Militär- und Zivilgerichten in Pakistan zum Teil auch wegen „Terrorismus“ zum Tode verurteilt und warten in den Gefängnissen des Landes auf eine mögliche Vollstreckung. Das pakistanische Strafrecht sieht für insgesamt 27 verschiedene Arten von Verbrechen, darunter „Blasphemie“ die Todesstrafe vor. Zu den zum Tode Verurteilten gehört auch die Christin Asia Bibi, die erstinstanzlich 2010 verurteilt wurde und nun auf ein Berufungsverfahren wartet. (PA) (Fidesdienst, 29/08/2013)